

# DEGES

DEGES GmbH

Berlin

Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011

Inhalt

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011
2. Bilanz zum 31. Dezember 2011
3. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011
4. Anhang für das Geschäftsjahr 2011
5. Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses 2011

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

1. Aufgaben der Gesellschaft

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung und Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Baulast der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben. Die Beauftragung erfolgt jeweils auf der Grundlage des Inhouse-Modells durch Dienstleistungsverträge mit dem beauftragenden Gesellschafter.

Gesellschafter der DEGES sind:

- Bundesrepublik Deutschland
- Land Brandenburg
- Freie Hansestadt Bremen
- Freie und Hansestadt Hamburg
- Land Hessen
- Land Mecklenburg-Vorpommern
- Freistaat Sachsen
- Land Sachsen-Anhalt
- Land Schleswig-Holstein
- Freistaat Thüringen

Die Gesellschafter haben die DEGES mit der Planung und/oder Baudurchführung

- eines Großteils der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit – Straße (im Weiteren VDE-Projekte – Straße genannt) – seit 1991 –
- von Zubringerprojekten zu den VDE-Projekten – Straße (im Weiteren VDE-Zubringer genannt) – seit 1999 –
- von sonstigen Straßenprojekten der Länder (Bundesfernstraßen in Auftragsverwaltung und Landesstraßen) – seit 2002 –
- des Tunnelrohbaus inkl. Roh- und Ausbau der Stationen für den City-Tunnel Leipzig im Rahmen eines gemeinsamen Eisenbahnprojektes des Freistaates Sachsen mit DB Netz AG und DB Station & Service AG – seit 2003 – sowie
- von Projekten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost (Brückenbaumaßnahmen über Bundeswasserstraßen) – seit 2008 –

beauftragt.

Des Weiteren führt DEGES spezielle fachbezogene Aufträge vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Bereich der Straßenplanung und Straßenverkehrstechnik aus.

Im Berichtszeitraum wurden die übertragenen Aufgaben von einigen Auftraggebern angepasst:

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost hat infolge der neuen Priorisierung der Wasserstraßen in der Bundesrepublik ihre Ziele für die Anpassung von Strecken und Anlagen der Havel-Oder-Wasserstraße korrigiert und die DEGES um die qualifizierte Beendigung der Planungsleistungen für:

- drei Brückenbaumaßnahmen über die Havel-Oder-Wasserstraße

gebeten.

Darüber hinaus wurde vom Freistaat Thüringen aufgrund von Haushaltsrestriktionen das übertragene Aufgabenvolumen aus den Projekten:

- B 287 n Umfahrung Gotha einschl. OU Sundhausen bis B 4,
- Zubringer B 90 n – B 2 im Zuge der L 1093 und
- Erweiterung der LKW-Stellplätze Willroder Forst/Süd

reduziert.

Mit dem Bund sowie den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden in Ergänzung der bestehenden Dienstleistungsverträge Abwicklungs- und Abrechnungsvereinbarungen zu den VDE-Projekten geschlossen.

Im Berichtsjahr hat die DEGES ihr 20jähriges Firmenjubiläum begangen. Die von ihr über die zwei Jahrzehnte aufgebaute Kernkompetenz liegt in dem erworbenen Know-how und der Lösungskompetenz für komplexe Aufgabenstellungen hinsichtlich:

- Planung, Grunderwerb, Bauvorbereitung,
- Baudurchführung und überwachung bis zur
- schlüsselfertigen Übergabe

von anspruchsvollen Verkehrsinfrastrukturprojekten.

DEGES erfüllt ihre Aufgaben dabei interdisziplinär, um die Lösung aller planerischen, bautechnischen, rechtlichen und kaufmännischen Fragen aus einer Hand anbieten zu können. Ein besonderes Augenmerk widmet das Unternehmen darüber hinaus der proaktiven Bürgerbeteiligung an der Projektplanung. Betroffenheiten und Widerstände können durch Transparenz der Planungsalternativen frühzeitig erkannt und im Rahmen der weiteren Planungs- und Verfahrensschritte gemindert bzw. behoben werden.

Dies gilt sowohl für eine Realisierung im Rahmen:

- der konventionellen Beschaffung (Haushaltsfinanzierung) als auch
- der Umsetzung als ÖPP-Projekt.

Die DEGES konzentriert sich auf die Aufgaben des Projektmanagements als Bauherr und Hausherr und bedient sich weitestgehend für die eigentlichen Planungs-, Grunderwerbs-, Bauvorbereitungs- sowie Bauüberwachungsleistungen geeigneter Dienstleister (Ingenieurbüros, Landgesellschaften etc.). Hoheitliche Funktionen nimmt die DEGES nicht wahr.

Der Auftragsbestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Länge / Anzahl km	Auftragsvolumen	
		gesamt per 31.12.2011 Mio.	davon offen Mio. €
VDE-Projekte – Straße	1.250,4	10.738,5	1.440,6
(davon: Bau- und Grunderwerbsausgaben (brutto))		(9.749,9)	(1.246,5)
ÖPP-Entgelte für VDE (brutto)		(246,2)	(167,4)
Ingenieurkosten (netto)		(742,4)	(26,7)
Straßenprojekte außerhalb VDE	684,4	4.458,9	2.876,5
(davon: Bau- und Grunderwerbsausgaben (brutto))		(3.864,5)	(2.452,7)
ÖPP-Entgelte für außerhalb VDE (brutto)		(258,0)	(258,0)
Ingenieurkosten (netto)		(336,4)	(165,8)
Summe Straßenprojekte	1.934,8	15.197,4	4.317,1
(davon: Bau- und Grunderwerbsausgaben (brutto))		(13.614,4)	(3.699,2)
ÖPP-Entgelte für außerhalb VDE (brutto)		(504,2)	(425,4)
Ingenieurkosten (netto)		(1.078,8)	(192,5)
City-Tunnel Leipzig (netto)	4,2	666,3	128,9
Wasserstraßenprojekte (brutto)	1	5,5	4,2
	Brückenbauwerk		
Gesamt am 31.12.2011	1.939,0	15.869,2	4.450,2
(davon 2011 beauftragt)	(0)	(0)	(0)

Zum Bilanzstichtag betreut die DEGES damit neben ihrer ursprünglichen Aufgabe, der Betreuung eines Großteils der VDE-Projekte, ein Projektvolumen von ca. 5,2 Mrd. an neuen Aufgaben. Das sind 48 % des Auftragsvolumens der betreuten VDE-Projekte. Das offene Auftragsvolumen beträgt ca. 4,5 Mrd..

### 3. Chancen- und Risikobeurteilung

Die Gesellschaft nimmt bei der Akquirierung und Durchführung ihrer Aufträge nicht am Wettbewerb im Sinne des Vergaberechts teil, sie steht jedoch im ständigen Vergleich mit den ansonsten in der Branche agierenden Strukturen; der Auftragsverwaltung der Länder sowie – was Teilbereiche betrifft – den Consultants. Dieser Vergleich eröffnet sowohl Chancen als auch Risiken für die weitere Entwicklung der Gesellschaft.

Besonders positiv bewertet die Gesellschaft:

- ihr umfassendes Projektmanagement-Potential für die Planung und Realisierung komplexer bzw. sehr anspruchsvoller Verkehrsinfrastrukturprojekte,
- ihr Erfahrungswissen für die Betreuung von ÖPP-Projekten auf der Basis des vorhandenen juristischen, kaufmännischen und technischen Potentials.
- ihr Know-how zur proaktiven Bürgerbeteiligung bei der Projektrealisierung. --> das bei der Aufgabenerledigung erzielte Kosten-/Leistungsverhältnis (vgl. auch die Kennzahlen in Ziff. 4.4),
- ihre Flexibilität in der Anpassung der Organisationsstrukturen an die Erfordernisse der Projektdurchführung sowie
- ihr Angebot zur personellen Verflechtung und Kooperation mit der Verwaltung ihrer Gesellschafter (Ressourcennutzung).

Angesichts der nachhaltigen Bestrebungen der Länder zur Straffung ihrer Verwaltung wächst die Rolle der DEGES als zusätzliche bzw. gemeinsame Ressource der Gesellschafter für komplexe und länderübergreifende Aufgabenstellungen.

Die Risiken für ihre Tätigkeit und ihre weitere Entwicklung schätzt die Gesellschaft wie folgt ein:

Bestandsgefährdende Risiken bzw. Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne des § 289 Abs. 1 HGB bestehen aufgrund der Finanzierungsregelung in § 4 des Konsortialvertrages grundsätzlich nicht, da der Bund bzw. die Länder die gesamten Verwaltungskosten der Gesellschaft tragen, so dass keine ungedeckten finanziellen Belastungen bei der Gesellschaft verbleiben.

Ungeachtet dessen bestehen Risiken durch die Reduzierung des offenen Auftragsvolumens sowie im Rahmen der termin-, kosten- und qualitätsgerechten Planung und Baudurchführung der jeweiligen Projekte.

Schwerpunktrisiken sind hierbei insbesondere:

- Reduzierung des offenen Auftragsvolumens aufgrund verringerter Projektübertragung bzw. -rücknahme resultierend aus Haushaltsrestriktionen durch die Gesellschafter
- Verzögerungen in der Projektrealisierung infolge begrenzter Finanzierungsmöglichkeiten der Haushalte sowie langandauernder Verwaltungsgerichts- und Vergabenaachprüfverfahren,

- Sicherung eines qualitativ und quantitativ bedarfsgerechten Personalbestandes entsprechend dem Aufgabenvolumen,
- Leistungsstörungen, insbesondere hinsichtlich der Qualität bei der Vertragsabwicklung,
- Störungen im Bauablauf aufgrund unzureichender Planungstiefe bzw. Planungsqualität und
- Versagen des internen Präventionsmechanismus in puncto Korruption.

Zur Beseitigung bzw. Eindämmung dieser sowie zur Aufdeckung bisher unerkannter Risiken hat die Geschäftsführung ein Risikomanagementsystem in die Führungs- und Steuerungsprozesse der DEGES integriert, welches permanent geprüft und weiterentwickelt wird.

#### 4. Geschäftsverlauf 2011 sowie Lage der Gesellschaft

##### 4.1 Stand der Projektrealisierung

###### 4.1.1 Straßenprojekte

Von den VDE-Projekten (1.250,4 km) sind bis auf die erst 2010 auf DEGES übertragenen beiden Verkehrseinheiten des Projektes A 44 in Hessen, Sontra/Nord – Ulfen und Ulfen – Dreieck Wommen (A 4), alle Planfeststellungsverfahren eingeleitet oder bereits abgeschlossen.

Ebenso ist der Grunderwerb bis auf die Abschnitte in Hessen auf der gesamten Strecke in Bearbeitung.

Insgesamt sind 1.166,5 km (93,3 %) unter Verkehr und 43,4 km (3,5 %) im Bau.

Bei den VDE-Zubringern (138,6 km) ist die Planung komplett abgeschlossen und der Grunderwerb ist auf der gesamten Strecke in Bearbeitung. Die fertiggestellte Strecke blieb mit 80,1 km (57,8 %) gegenüber 2011 unverändert. Zur Jahresmitte erfolgte der Baubeginn an der B 96 n auf der Insel Rügen. Damit sind insgesamt 35,4 km (25,5 %) im Bau.

Sonstige Straßenprojekte betreut die DEGES insgesamt in einer Länge von 545,8 km, davon:

- 328,5 km Planung und Bau,
- 25,2 km nur Bau und
- 192,1 km nur Planung.

Ausgehend von dieser Differenzierung ist eine globale Aussage zum Realisierungsstand der Sonstigen Straßenprojekte wie bei den VDE-Projekten oder deren Zubringern nicht möglich. Die diesbezüglich nachfolgenden Darstellungen erfolgen daher je Unterkategorie der Sonstigen Straßenprojekte. Auf eine Darstellung der Projekte, die hinsichtlich der Baudurchführung auf die DEGES übertragen sind, wurde verzichtet, da deren Realisierung erst in den kommenden Geschäftsjahren beginnt.

Hinsichtlich des Standes der Straßenprojekte wird auf die nachfolgende Detaildarstellung verwiesen.

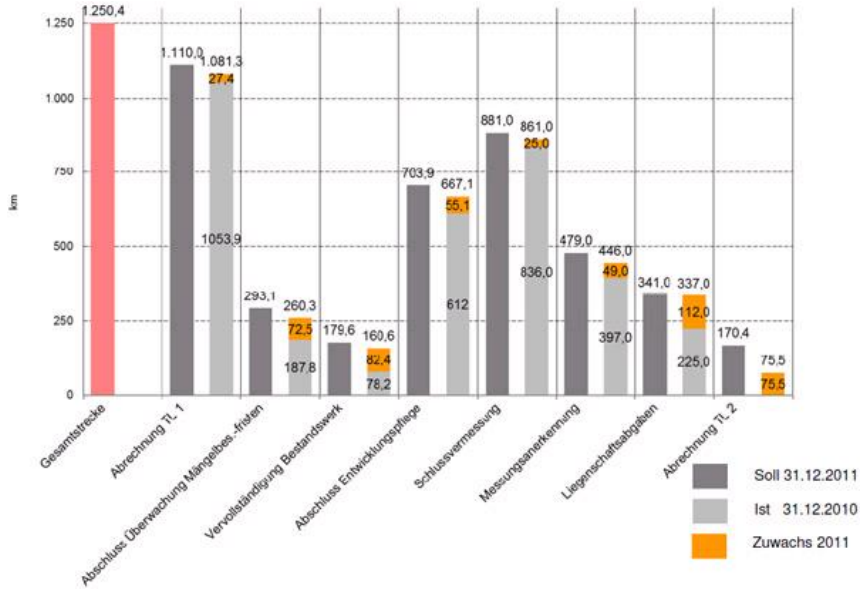
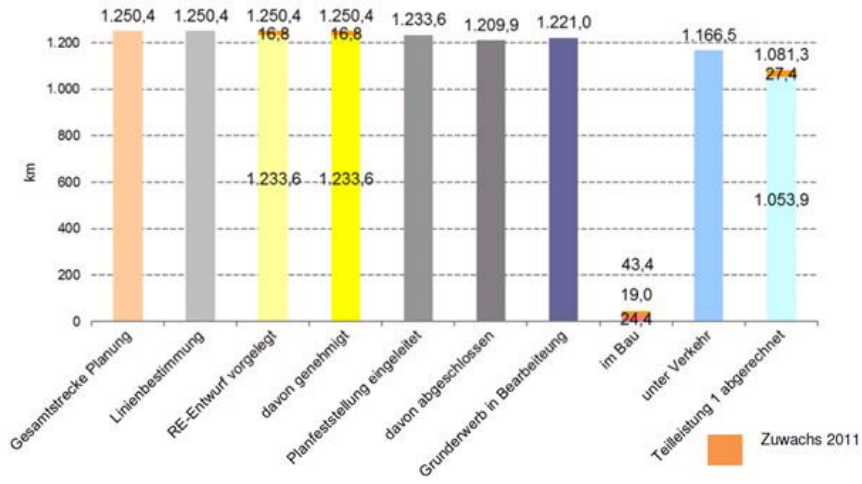
Unabhängig von der Projektrealisierung erbringt die DEGES ihre Leistungen bei den Straßenprojekten gegenüber den Auftraggebern grundsätzlich in zwei Teilleistungen. Die erste Teilleistung betrifft die Planung und Baudurchführung bis zur Verkehrsfreigabe. Die zweite Teilleistung betrifft die verwaltungsmäßige Übergabe der Verkehrsabschnitte.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden weitere Leistungen der Teilleistung 1 abgerechnet. Bei den VDE-Projekten konnten in 2011 erstmals Leistungen der Teilleistung 2 abgerechnet werden. Die folgende Übersicht zeigt den Zuwachs der abgerechneten Teilleistungen sowie den kumulierten Stand:

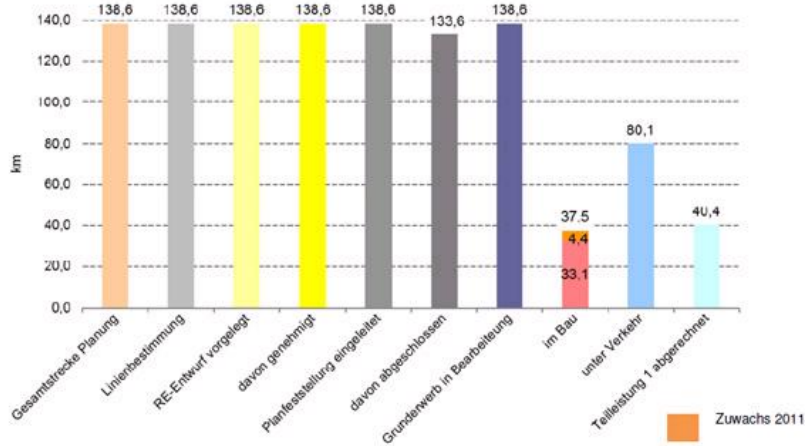
	Zuwachs 2011		Stand gesamt		
	Länge km	Verwaltungskosten netto Mio.	Länge km	%	Verwaltungskosten netto Mio. €
<b>Teilleistung 1</b>					
VDE-Projekte Straße	27,4	25,0	1.081,3	86	857,5
Straßenprojekte außerhalb VDE	8,3	1,3	92,8	14	48,8
Summe Teilleistung 1	35,7	26,3	1.174,1	61	906,3
<b>Teilleistung 2</b>					
VDE-Projekte Straße	75,5	4,0	75,5	6	4,0
Straßenprojekte außerhalb VDE	0	0	1,8	1	0,1
Summe Teilleistung 2	75,5	4,0	77,3	1	4,1

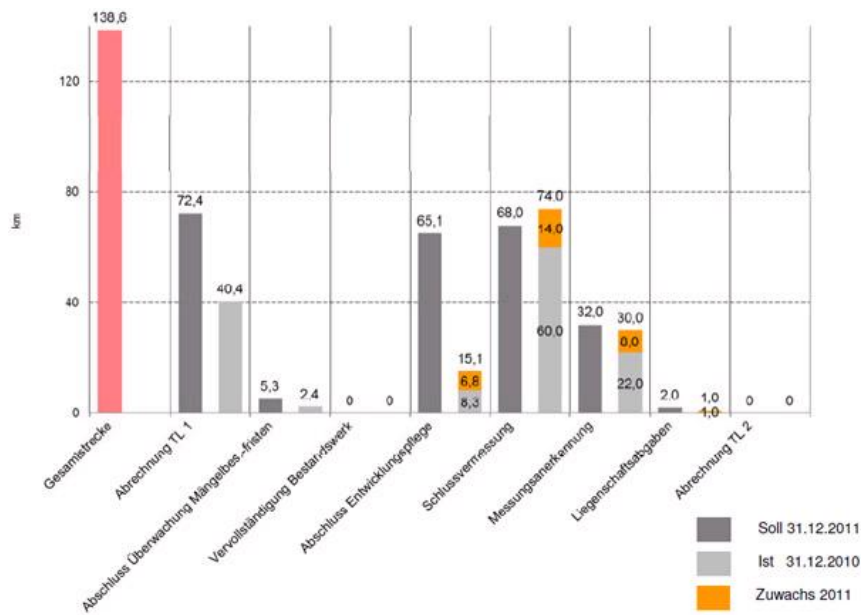
Im Detail ergibt sich bei der Bearbeitung und Teilleistungsabrechnung der Straßenprojekte zum Bilanzstichtag folgender Stand (in km):

### VDE-Projekte

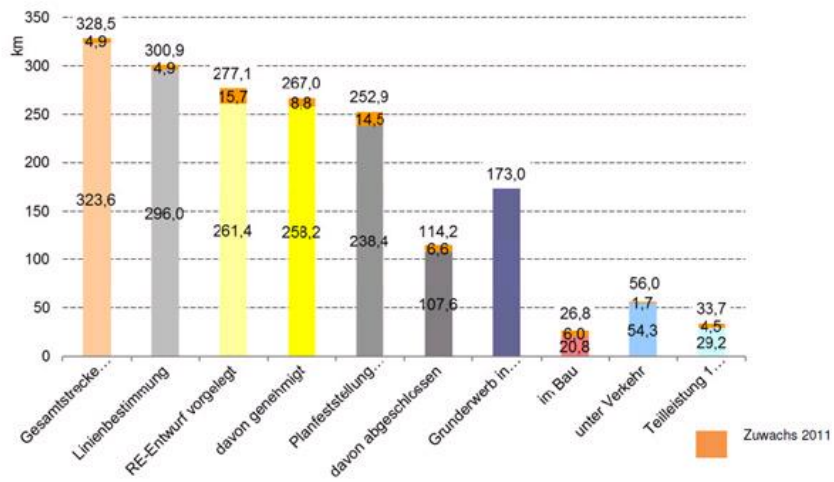


### VDE-Zubringerprojekte

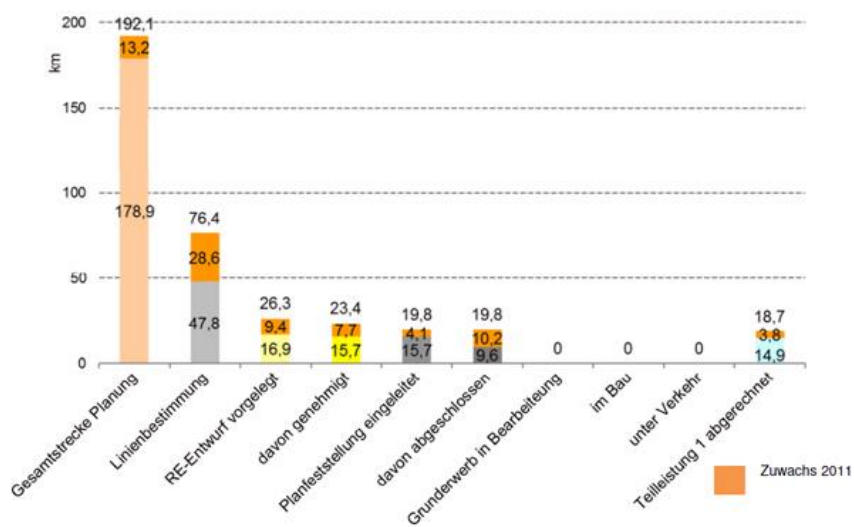




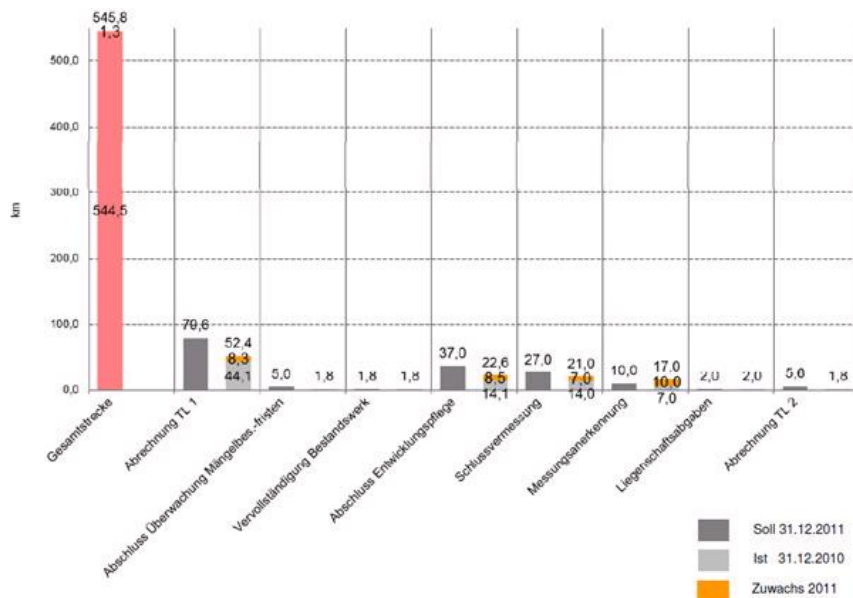
### Sonstige Straßenprojekte – Planung und Bau



### Sonstige Straßenprojekte – Planung



### Sonstige Straßenprojekte - insgesamt



#### 4.1.2 City-Tunnel Leipzig

Die bereits Ende 2010 begonnenen Leistungen zum raumbildenden und gebäudetechnischen Ausbau der Stationen wurden ab Mai 2011 in den Bereichen der Fassaden- und Deckenmontage, der Fördertechnik und der technischen Gebäudeausrüstung der Betriebsräume intensiviert. Die Ausbauleistungen werden Ende 2012 abgeschlossen sein. Nach aktuellem Stand wird der City-Tunnel zum Winterfahrplanwechsel im Dezember 2013 in Betrieb genommen.

#### 4.1.3 Wasserstraßenprojekte

Wie bereits unter Ziffer 1. ausgeführt, hat die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost die DEGES um die qualifizierte Beendigung der Projekte Straßenbrücken Havelhausen, Schleuse Lehnitz und Gördenbrücke gebeten. Der Dienstleistungsvertrag wurde entsprechend angepasst.

Die Fertigstellung der Baumaßnahme Straßenbrücke Neustadt Glewe (B 191) ist, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung, weiterhin bis zum Jahr 2014 geplant.

#### 4.2 Geschäftsvolumen

Im Fünfjahresvergleich wurden folgende Bau- und Grunderwerbsausgaben sowie Ingenieurkosten für die einzelnen Projekte aufgewendet, und es waren folgende Geschäftskosten (Personal- und Sachkosten) der DEGES für deren Umsetzung notwendig:

##### Fünfjahresübersicht

		2011	2010	2009	2008	2007
Straßenprojekte						
Bauausgaben (brutto)	Mio.	232	362	300	328	313
Erhaltung (brutto)	Mio.	0	0,3			
Entgelte für ÖPP (brutto):						
A-Modell A 4	Mio.	17	18	20	22	1
Verfügbarkeitsmodell A9	Mio.	1				
Grunderwerbsausgaben (brutto)	Mio.	16	15	12	18	27
Ingenieurkosten (netto)	Mio.	41	42	28	25	25
Geschäftskosten (netto)	Mio.	22	21	18	18	19
City-Tunnel Leipzig						
Projektkosten (netto)	Mio.	25	28	89	123	116
Geschäftskosten (netto)	Mio.	2	3	3	4	4
Wasserstraßenprojekte						
Projektkosten (brutto)	Mio.	0,4	0,4	0,5		
Geschäftskosten (netto)	Mio.	0,2	0,1	0,2	0,1	
Geschäftsvolumen	Mio.	357	490	471	538	505
Umsatzerlöse	Mio.	33	50	59	20	58
Durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (einschl. Geschäftsführung)	m/w	235	230	213	211	220
Personalaufwand (netto)	Mio.	18	17	16	16	17

Die unterschiedliche Darstellung der Kosten mit bzw. ohne Einbeziehung der Umsatzsteuer (brutto/netto) resultiert aus den abweichenden Möglichkeiten zum Vorsteuerabzug der jeweiligen Endverbraucher (Bund, DB Netz AG, DB Station & Service AG oder DEGES).

Die Reduzierung des Geschäftsvolumens in 2011 im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus zeitlichen Streckungen der Projektverläufe infolge nicht ausreichender Haushaltsmittel sowie aus Verzögerungen bei der Baurechtschaffung (Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse bzw. vertiefende umweltfachliche Prüfungen).

### 4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme per 31. Dezember 2011 hat sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aufgrund des Anstiegs des Vorratsvermögens um ca. 31 Mio. erhöht. Die entscheidenden Aktiva sind weiterhin die unter den Vorräten ausgewiesenen unfertigen Leistungen und geleisteten Anzahlungen.

Auf der Passivseite stehen diesen insbesondere die Mittelzuweisungen gegenüber.

Die Finanzierung der Gesellschaft ist gesichert und gestaltet sich bei den einzelnen Projekten wie folgt:

Die Bau- und Grunderwerbsausgaben (Zweckausgaben) bei den Straßen- und Wasserstraßenprojekten trägt fast ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland, bzw. bei Landesstraßen das jeweilige Bundesland. Die Kosten für Ingenieurleistungen sowie die Geschäftskosten der DEGES (Verwaltungskosten) werden bei den VDE-Projekten – Straße mit Ausnahme der A 44 Kassel – Eisenach projekt- und länderbezogen je zur Hälfte vom Bund und dem jeweiligen Bundesland getragen. Bei der A 44, den Straßenprojekten außerhalb VDE und allen anderen übertragenen Aufgaben erfolgt die Finanzierung der Verwaltungskosten ausschließlich durch das jeweilige Land bzw. den jeweiligen Auftraggeber. Bei den Wasserstraßenprojekten erfolgt die Finanzierung der Geschäftskosten über die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost, während die Ingenieurkosten hier zu den Zweckausgaben gehören.

Beim Projekt City-Tunnel Leipzig werden die Bau-, Grunderwerbs- und Ingenieurkosten (hier Projektkosten genannt) von der DB Netz AG bzw. der DB Station & Service AG getragen, die sich wiederum fast ausschließlich beim Freistaat Sachsen bzw. dem Bund refinanzieren. Die Geschäftskosten der DEGES trägt der Freistaat Sachsen.

Auf dieser Grundlage hat die DEGES im Berichtsjahr folgende Mittelzuweisungen erhalten:

vom/von	Straßenprojekte (brutto in Mio.)		City-Tunnel Leipzig (brutto in Mio.)		Wasserstraßenprojekte (brutto in Mio.)	
	für Zweckausgaben	für Verwaltungskosten	für Projektkosten	für Geschäftskosten	für Projektkosten	für Geschäftskosten
Bund	147,0	10,1				
davon für Sonst. Dienstleistungen		0,1				
Brandenburg	7,0	4,5				
Bremen	9,8	18,9				
davon Vertragsübernahmen	2,6	15,0				
Hamburg	4,3	8,3				
Hessen		1,5				
Mecklenburg- Vorpommern	7,6	5,7				
davon Vertragsübernahmen		0,7				
Sachsen	60,0	7,7		2,8		
Sachsen-Anhalt	0,1	1,7				
Schleswig-Holstein	2,0	2,3				
Thüringen	28,8	11,6				
DB Netz AG / DB Station & Service AG			25,0			
WSD Ost					0,4	0,2
Insgesamt	266,6	72,3	25,0	2,8	0,4	0,2
davon Vertragsübernahmen	2,6	15,8				

Wie bereits in den Vorjahren weist die Gesellschaft einen Gewinn i.H.v. 5.150 als angemessene Verzinsung des Stammkapitals aus.

### 4.4 Leistungsbezogene Kennzahlen

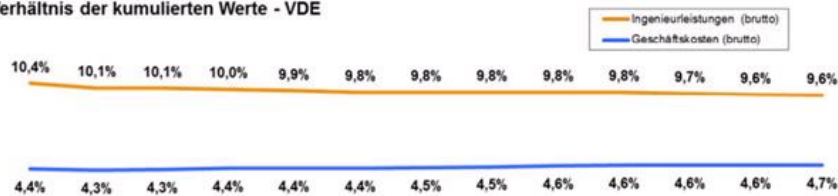
Die Gesellschaft hat 2011 die Analyse der einzelnen Kostenarten und -relationen sowohl in den Planungs- und Bauphasen als auch im Grunderwerb der Projekte fortgesetzt und in Kennzahlen dargestellt.

Zentrale Kennzahlen bei den Straßenprojekten sind weiterhin das Verhältnis der Verwaltungskosten zzgl. USt. (Ingenieur- und Geschäftskosten) zu den Zweckausgaben (Bau- und Grunderwerbsausgaben), die Kosten je km Strecke sowie die Kosten je ha erworbener Fläche im Grunderwerb. Diese Benchmarks dienen der internen Steuerung und Sicherstellung einer wirtschaftlichen Projektabwicklung.

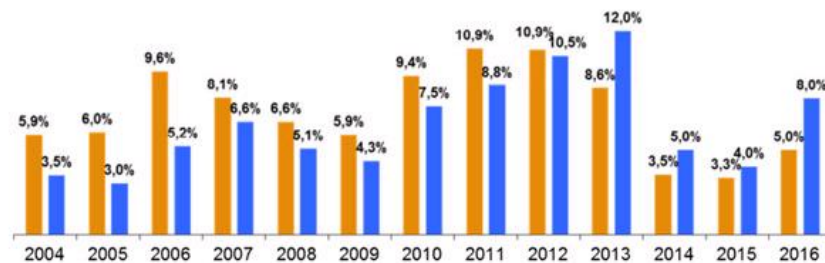
Betrachtet man den bisherigen Geschäftsverlauf und dessen Prognose bis 2016, so ergibt sich für die VDE-Projekte – Straße <sup>1</sup> folgendes Verhältnis der Verwaltungskosten zu den Zweckausgaben (aktuelle Zweckausgaben = 100 %):



### Verhältnis der kumulierten Werte - VDE



### Verhältnis der Jahreswerte - VDE



<sup>1</sup> Ohne die Projekte A-Modell A 4 Hörsselberge, Verfügbarkeitsmodell A 9 AS Lederhose – Lgr. TH/BY sowie A 44 AS Waldkappel – AD Wommen (A 4/A 44). Diese Projekte können nicht in den Vergleich einbezogen werden, da DEGES hier nicht alle Leistungsphasen betreut.

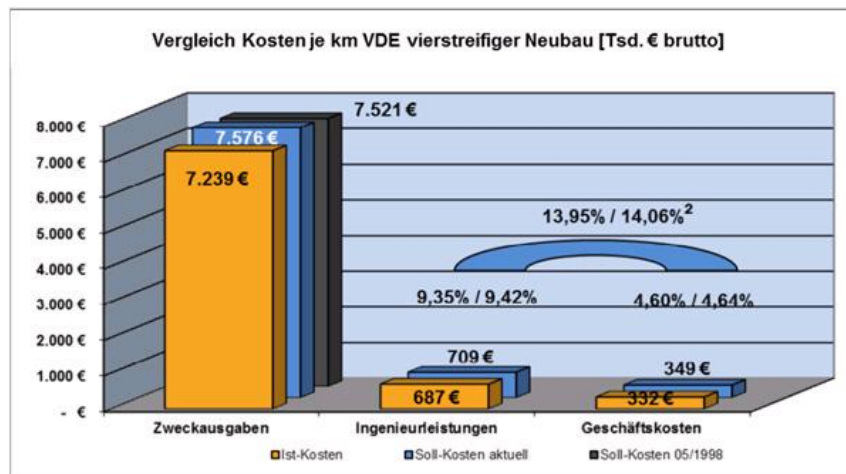
Das dargestellte Verhältnis der kumulierten Verwaltungskosten zu den kumulierten Zweckausgaben ist in der Zukunft allerdings nur dann zu realisieren, wenn es gelingt, weiterhin den Personalbestand am Aufgabenumfang auszurichten. Ein Maßstab hierfür ist das Verhältnis der jeweiligen Jahreswerte, das neben der eigentlich entscheidenden Kennzahl der kumulierten Werte ebenfalls ausgewiesen ist.

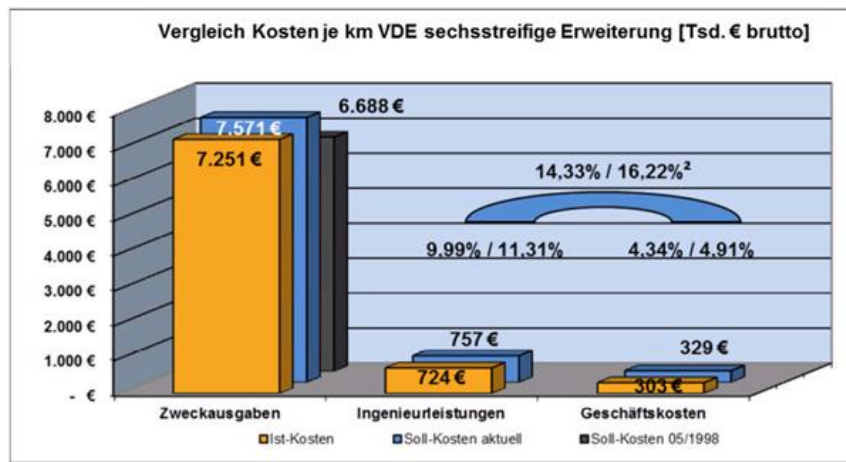
Der Anstieg der Jahreswerte 2012 ff. resultiert zum einen aus den niedrigeren Zweckausgaben in diesen Jahren infolge der Vorgaben der Haushalte bzw. Verzögerungen in der Projektrealisierung auf Grund langandauernder Verwaltungsgerichts- und Vergabepflichtverfahren. Daneben erhöhen geänderte Vorgaben im Umweltbereich bzw. zusätzliche Anforderungen im Rahmen der Baurechtsschaffung die Verwaltungskosten. Ab 2014 steigen die Zweckausgaben infolge der dann beginnenden Bauarbeiten in den noch offenen Projekten erneut an und verringern die Relation von Verwaltungskosten zu Zweckausgaben dann wieder deutlich.

Das Verhältnis der kumulierten Werte ist infolge des Anstiegs der Jahreswerte im Zeitraum 2012 – 2016 ebenfalls gestiegen. Danach werden sich die kumulierten Werte infolge der höheren Zweckausgaben p.a. wieder verringern und nach der aktuellen Planung einen Gesamtwert von 14 % erreichen.

Bis zum Abschluss der Projekte strebt die Geschäftsführung bei den VDE-Projekten einen Prozentsatz der Verwaltungskosten an den Zweckausgaben von deutlich unter 15 % an. Die genannten Zweckausgaben beziehen sich dabei auf den Stand 05/1998, der ersten belastbaren haushaltsmäßigen Veranschlagung der Bau- und Grunderwerbskosten.

Weitere wichtige Kennzahlen sind die Zweckausgaben und Verwaltungskosten je km fertig gestellter Strecke bzw. je ha benötigter Fläche. Die km-Kosten für die VDE-Projekte – Straße werden nach den Kriterien vierstreifiger Neubau und sechsstreifige Erweiterung<sup>1</sup> getrennt ausgewiesen und stellen sich wie folgt dar (ohne A 44):





<sup>1</sup> Ohne die Projekte A-Modell A 4 Hörselberge, Verfügbarkeitsmodell A 9 AS Lederhose – Lgr. TH/BY sowie A 44 AS Waldkappel – AD Wommen (A 4/A 44).

<sup>2</sup> Verhältnis der Verwaltungskosten zu den aktuellen Zweckausgaben und zu den Zweckausgaben 05/1998

<sup>1</sup> Ohne die Projekte A-Modell A 4 Hörselberge, Verfügbarkeitsmodell A 9 AS Lederhose – Lgr. TH/BY sowie A 44 AS Waldkappel – AD Wommen (A 4/A 44).

<sup>2</sup> Verhältnis der Verwaltungskosten zu den aktuellen Zweckausgaben und zu den Zweckausgaben 05/1998

Die aktuellen Planwerte liegen im Bereich des vierstreifigen Neubaus um 55 Tsd. € pro Kilometer und im Bereich der sechsstreifigen Erweiterung um 847 Tsd. € pro Kilometer höher als die im Jahr 1998 veranschlagten Werte. Dies liegt insbesondere an den Kostensteigerungen in den aktuell laufenden Projekten für Materialien und Löhne. Die Verhältnisse der aktuellen Soll-Verwaltungskosten zu den Soll-Zweckausgaben aktuell bzw. 1998 betragen beim vierstreifigen Neubau 13,95 % bzw. 14,06 % sowie bei der sechsstreifigen Erweiterung 14,33 % bzw. 16,22 %.

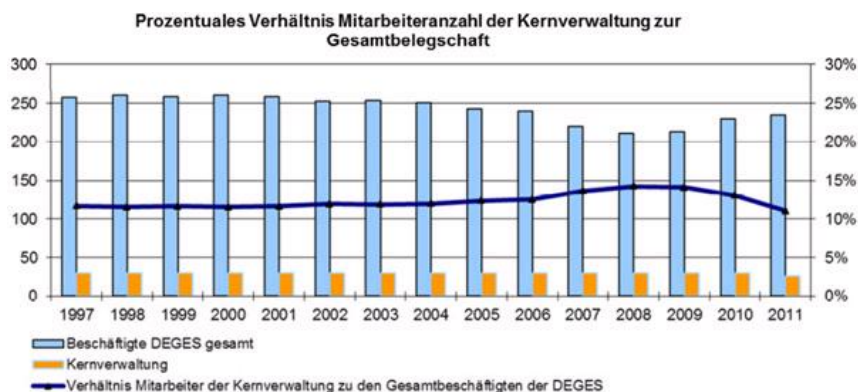
Betrachtet man die im Grunderwerb benötigten Flächen bzw. anfallenden Kosten je Streckenkilometer, ergeben sich folgende Kennzahlen:

durchschnittlicher kumulierter Flächenbedarf in ha/km (einschl. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)	2011
--> VDE-Projekte	21,6
Straßenprojekte außerhalb VDE	15,7
Erweiterungsstrecken (alle Projekte)	13,2
Neubaustrecken (alle Projekte)	24,8
durchschnittliche kumulierten Erwerbskosten in /ha (incl. aller Entschädigungen, Nebenkosten und Gebühren)	17.800
Verwaltungskosten in /ha	2.500

#### 4.5 Personalentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres betrug der Personalbestand (ohne Geschäftsführung) 234 Mitarbeiter. Davon waren 164 im technischen Geschäftsbereich, 59 im kaufmännisch-juristischen Geschäftsbereich sowie 11 in den der Geschäftsführung gemeinsam zugeordneten Organisationseinheiten tätig. Zwei Auszubildende absolvieren zurzeit eine Ausbildung zum Bürokaufmann.

Von der durchschnittlichen Gesamtbelegschaft (235 Mitarbeiter einschl. Geschäftsführung) waren 28 Mitarbeiter in der Kernverwaltung (Finanz- und Rechnungswesen, Personal und allgemeine Verwaltung) tätig. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Verhältnis der Mitarbeiteranzahl der Kernverwaltung zur Gesamtbelegschaft damit reduziert und seit 1997 insgesamt wie folgt entwickelt:



Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
		€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>2,1</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
1. Software		451.536,00	283.255,00
2. Geleistete Anzahlungen		75.000,00	0,00
		526.536,00	283.255,00
<b>II. Sachanlagen</b>			
1. Technische Anlagen		0,00	0,00
2. Geschäftsausstattung		1.375.492,00	1.155.637,00
		1.375.492,00	1.155.637,00
<b>III. Finanzanlagen</b>			
Sonstige Ausleihungen		644,00	644,00
		1.902.672,00	1.439.536,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
<b>I. Vorräte</b>	<b>2,2</b>		
1. Unfertige Leistungen		300.744.698,96	280.055.051,37
2. Geleistete Anzahlungen		79.394.047,62	69.346.438,00
3. Anzahlungen auf Drittverträge		6.739.562,02	4.819.465,14
		386.878.308,60	354.220.954,51
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>2,3</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		0,00	0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände		329.183,74	322.796,31
		329.183,74	322.796,31
<b>III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten</b>		5.878.576,61	7.967.426,32
		393.086.068,95	362.511.177,14
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2,4</b>	258.681,27	257.062,76
<b>D. Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>2,5</b>	51.238,84	58.308,12
		395.298.661,06	364.266.084,02

**Passiva**

	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
		€	€
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>2,6</b>		
I. Gezeichnetes Kapital		51.500,00	51.500,00
II. Gewinnrücklage		18.500,00	18.500,00
III. Gewinnvortrag		10.300,00	5.150,00
IV. Jahresüberschuss		5.150,00	5.150,00
		85.450,00	80.300,00
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>2,7</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen		450.685,00	434.857,00
2. Steuerrückstellungen		51.150,00	36.000,00
3. Sonstige Rückstellungen		3.419.778,32	2.965.026,71
		3.921.613,32	3.435.883,71
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>2,8</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.496.517,10	1.153.434,81
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		388.293.712,18	357.073.593,86
3. Sonstige Verbindlichkeiten		1.501.368,46	2.522.871,64
davon aus Steuern		(1.498.754,43)	(2.522.871,64)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		(0,00)	(0,00)
		391.291.597,74	360.749.900,31
		395.298.661,06	364.266.084,02

**Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

	Anhang	2011	2010
		€	€
1. Umsatzerlöse	3,1	32.728.334,42	50.090.913,71
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen		20.689.647,59	15.984.348,72
3. Sonstige betriebliche Erträge	3,2	808.196,14	1.313.272,50
		54.226.178,15	67.388.534,93
4. Materialaufwand	3,3		
a) Aufwendungen für bezogene Waren		-170.642,88	-212.436,92

	Anhang	2011	2010
		€	€
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-28.661.297,70	-42.657.311,34
		-28.831.940,58	-42.869.748,26
5. Personalaufwand	3,4		
a) Löhne und Gehälter		-15.415.901,53	-14.589.226,72
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-2.939.569,10	-2.808.636,87
davon für Altersversorgung		(-581.192,84)	(-611.896,48)
		-18.355.470,63	-17.397.863,59
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3,5	-514.329,09	-391.913,76
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3,6	-6.449.239,07	-6.629.124,21
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		50.782,85	148.876,93
davon aus der Abzinsung der Rückstellungen		(22.176,92)	(120.656,96)
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-25.429,13	-59.380,04
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		100.552,50	189.382,00
11. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	-64.681,00
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3,7	-90.432,50	-111.284,00
13. Sonstige Steuern		-4.970,00	-8.267,00
14. Jahresüberschuss		5.150,00	5.150,00

## Anhang für das Geschäftsjahr 2011

### 1. Allgemeine Angaben

Dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 liegen die Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften sowie die ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zugrunde.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren verwendet.

Die DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (im Folgenden kurz „DEGES“ genannt) ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB i. V. m. 267 Abs. 4 HGB.

### 2. Erläuterungen zur Bilanz, einschließlich Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz zum 31.12.2011 wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt.

#### 2.1 Anlagevermögen

Die Veränderungen der einzelnen Posten im Geschäftsjahr 2011 sind in der Entwicklung des Anlagevermögens auf Seite 29 dargestellt.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände (Software) sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten und abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Die Abschreibungen erfolgen in Anlehnung an die steuerrechtlich anerkannten Nutzungsdauern. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert bis 150 werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr voll abgeschrieben und als Abgang gezeigt. Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert zwischen 150 und 1.000 werden weiterhin gemäß § 6 Abs. 2a EStG zu einem Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst.

Die Finanzanlagen betreffen eine Kautions für eine betrieblich notwendige Mitarbeiterwohnung, die zum Nennwert angesetzt ist.

#### Entwicklung des Anlagevermögens

	Stand 01.01.2011	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Stand 31.12.2011
		Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
	€	€	€	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Software	2.314.949,19	364.584,62	0,00	35.419,50	2.644.114,31
Geleistete Anzahlungen	0,00	75.000,00	0,00	0,00	75.000,00
	2.314.949,19	439.584,62	0,00	35.419,50	2.719.114,31
Sachanlagen					
Technische Anlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Geschäftsausstattung	4.070.323,14	753.997,47	0,00	474.695,81	4.349.624,80

Anschaffungs- und Herstellungskosten					
	Stand 01.01.2011	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.2011
	€	€	€	€	€
	4.070.332,14	753.997,47	0,00	474.695,81	4.349.624,80
Zwischensummen	6.385.272,33	1.193.582,09	0,00	510.115,31	7.068.739,11
Finanzanlagen					
Sonstige Ausleihungen	644,00	0,00	0,00	0,00	644,00
Summen	6.385.916,33	1.193.582,09	0,00	510.115,31	7.069.383,11

Abschreibungen					
	Stand 01.01.2011	Zugänge	Zuschreibungen	Abgänge	Stand 31.12.2011
	€	€	€	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Software	2.031.694,19	196.303,62	0,00	35.419,50	2.192.578,31
Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	2.031.694,19	196.303,62	0,00	35.419,50	2.192.578,31
Sachanlagen					
Technische Anlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Geschäftsausstattung	2.914.686,14	318.025,47	0,00	258.578,81	2.974.132,80
	2.914.686,14	318.025,47	0,00	258.578,81	2.974.132,80
Zwischensummen	4.946.380,33	514.329,09	0,00	293.998,31	5.166.711,11
Finanzanlagen					
Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summen	4.946.380,33	514.329,09	0,00	293.998,31	5.166.711,11

Bilanzwerte		
	Stand 31.12.2011	Vorjahr
	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Software	451.536,00	283.255,00
Geleistete Anzahlungen	75.000,00	0,00
	526.536,00	283.255,00
Sachanlagen		
Technische Anlagen	0,00	0,00
Geschäftsausstattung	1.375.492,00	1.155.637,00
	1.375.492,00	1.155.637,00
Zwischensummen	1.902.028,00	1.438.892,00
Finanzanlagen		
Sonstige Ausleihungen	644,00	644,00
Summen	1.902.672,00	1.439.536,00

## 2.2 Vorräte

Die zu Herstellungskosten bewerteten unfertigen Leistungen umfassen die Verwaltungskosten der Gesellschaft. Sie werden auf Selbstkostenerstattungsbasis gegenüber den Auftraggebern zum Zeitpunkt der jeweiligen Teilleistungserbringung abgerechnet.

Die geleisteten Anzahlungen betreffen bezogene Ingenieurleistungen und sind nach der Netto-Methode (ohne Umsatzsteuer) bilanziert.

Für einige von der Bundesrepublik Deutschland bzw. den Ländern abgeschlossene, aber nicht auf DEGES übertragene Verträge (Drittverträge) wird die finanzielle Abwicklung übernommen.

Die Vorräte haben sich aufgrund der weiteren Projektarbeit sowie der Abrechnung von Teilleistungen für die Straßenprojekte wie folgt verändert:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung
	Tsd.	Tsd.	Tsd. €
Unfertige Leistungen	300.745	280.055	20.690
Geleistete Anzahlungen	79.394	69.346	10.048
Zahlungen auf Drittverträge	6.739	4.820	1.920
Gesamt	386.878	354.221	32.657

## 2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie flüssige Mittel

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen sind keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mehr ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel (Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten) sind zum Nominalwert bewertet.

## 2.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen im Wesentlichen aufgrund der Fälligkeitsvereinbarung die Ende Dezember für Januar des Folgejahres überwiesene Gehälter.

## 2.5 Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Die bis zum Jahr 2009 in der Position 2.3 enthaltenen Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für mitarbeiterfinanzierte Pensionszusagen wurden in Höhe von 355 Tsd. gemäß den Neuregelungen des BilMoG mit den entsprechenden Rückstellungen in Höhe von 304 Tsd. verrechnet.

Die Bewertung der Forderungen erfolgte in Höhe des geschäftsplanmäßigen Deckungskapitals abzüglich vorhandener Guthaben aus Beitragsrückerstattungen.

Der Berechnung der Pensionsrückstellungen liegen die Wahrscheinlichkeitswerte nach den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Bei der Festlegung des Rechnungszinssatzes von 5,13 % wurde von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2, S. 2 HGB (pauschaler Ansatz des von der Deutschen Bundesbank zum 31.10.2011 veröffentlichten Zinssatzes mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren) Gebrauch gemacht.

Die Ermittlung der Erfüllungsbeträge für die Pensionsverpflichtungen aus den arbeitnehmerfinanzierten Pensionszusagen genügen sowohl dem modifizierten Teilwertverfahren als auch dem PUC-Verfahren, beide führen zu identischen Ergebnissen. Da die Zusagen nicht gehaltsabhängig sind, ist ein Gehaltstrend nicht zu berücksichtigen. Weiterhin handelt es sich um Kapitalzusagen, daher ist die Berücksichtigung eines Rententrends nicht erforderlich. Insgesamt ergibt sich ein Abzinsungsbetrag in Höhe von 15 Tsd..

## 2.6 Eigenkapital

Am gezeichneten Kapital von 51,5 Tsd. sind die Bundesrepublik Deutschland mit 18,2 Tsd. sowie die Länder Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Freistaat Thüringen mit jeweils 3,7 Tsd. € beteiligt. Die Bewertung des Eigenkapitals erfolgt gemäß § 283 HGB mit dem Nennwert.

## 2.7 Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen betreffen die Pensionszusagen an ehemalige und aktive Geschäftsführer. Die bis zum Jahr 2009 hier zusätzlich ausgewiesene Pensionsrückstellung auf Pensionszusagen im Rahmen der arbeitnehmerfinanzierten Alterszusatzversorgung wurde wie beschrieben in die Ziffer 2.5 umgegliedert.

Der Berechnung der Pensionsrückstellungen liegen die Wahrscheinlichkeitswerte nach den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Bei der Festlegung des Rechnungszinssatzes von 5,14 % wurde von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2, S. 2 HGB (pauschaler Ansatz des von der Deutschen Bundesbank für Dezember 2011 veröffentlichten Zinssatzes mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren) Gebrauch gemacht.

Die Erfüllungsbeträge für die Pensionsverpflichtungen an die Geschäftsführer zum Bilanzstichtag wurden mittels der Projected Unit Credit Method (PUC) ermittelt. Dabei wurden ein Gehaltstrend von 2,3 % und ein Rententrend von 1 % zugrunde gelegt. Insgesamt ergibt sich ein Aufzinsungsbetrag in Höhe von 22 Tsd..

Sonstige Rückstellungen bestehen insbesondere für:

- Prozesskosten (1.822 Tsd.),
- Abschlussvergütungen und Leistungszulagen (589 Tsd.),
- Urlaubsverpflichtungen (601 Tsd.) sowie
- ungewisse Verbindlichkeiten aus Ingenieurverträgen (226 Tsd.).

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzaufstellung bekannt gewordenen ungewissen Verbindlichkeiten, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind mit dem vernünftigen kaufmännischen Wert angesetzt. Bei der Ermittlung der Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden die Abzinsungssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB angesetzt. Außerdem wurden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt, mit Ausnahme bei den Prozesskosten-Rückstellungen. Da sich die Höhe der geschätzten Rechtsanwaltskosten am RVG (Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte) orientiert, sind hier keine rückwirkenden Erhöhungen der Rechtsanwaltsgebühren für bereits erteilte Mandate zu befürchten. Im Detail wurden für sonstige Rückstellungen folgende Ab- und Aufzinsungen vorgenommen:

	Aufzinsung in Tsd. €	Abzinsung in Tsd. €
Prozesskosten-Rückstellung	0,0	6,1
Rückstellung für Archivierung	0,6	1,3

## 2.8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen im Wesentlichen die unter den erhaltenen Anzahlungen ausgewiesenen Mittelzuweisungen der Bundesrepublik Deutschland und der Länder zur Finanzierung der Verwaltungskosten der Gesellschaft.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Insgesamt bestehen Verbindlichkeiten mit voraussichtlich folgenden Restlaufzeiten:

	mit Restlaufzeiten von					
	bis zu 1 Jahr		1 – 5 Jahren		mehr als 5 Jahren	
	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
	2011	Vorjahr	2011	Vorjahr	2011	Vorjahr
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.497	1.153	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	153.225	103.064	146.760	262.753	156.472	53.558
Abgegrenzte Umsatzsteuer auf Mittelzuweisungen	-22.881	-15.311	-21.916	-39.034	-23.366	-7.956
Sonstige Verbindlichkeiten	1.501	2.523	0	0	0	0
davon aus Steuern	(1.499)	(2.523)	(0)	(0)	(0)	(0)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Gesamtbetrag	133.342	91.429	124.844	223.719	133.106	45.602

Gesamtbetrag  
Tsd. €

	2011	Vorjahr
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.497	1.153
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	456.457	419.375
Abgegrenzte Umsatzsteuer auf Mittelzuweisungen	-68.163	-62.301
Sonstige Verbindlichkeiten	1.501	2.523
davon aus Steuern	(1.499)	(2.523)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0)	(0)
Gesamtbetrag	391.292	360.750

## 2.9 Latente Steuern

Latente Steuern ergeben sich als Differenz zwischen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen aufgrund der Neuregelungen des BilMoG. Da es insgesamt zu einem Überhang der aktiven über die passiven latenten Steuern kommt, wurde vom Ansatzwahlrecht Gebrauch gemacht, die latenten Steuern nicht zu bilanzieren. Aktive latente Steuern bestehen in Höhe von 42 Tsd., passive latente Steuern in Höhe von 1 Tsd..

Aktive latente Steuern ergeben sich insbesondere aus:

- Dem Ansatz einer Forderung aus der Rückdeckungsversicherung in der Steuerbilanz in Höhe von 12 Tsd., der sich aus der Differenz zwischen Handels- und Steuerbilanz ergibt. Die daraus ermittelte latente Steuer beträgt 4 Tsd..
- Einem steuerlichen Ausgleichsposten bei der Rückstellung der Pensionen für Geschäftsführer zum 31.12.2011 in Höhe von 126 Tsd. resultierend aus dem zu übernehmenden Steuerbilanzwert, bzw. dem steuerlichen Nichtansatz einer handelsrechtlich ermittelten Rückstellung. Die daraus ermittelte latente Steuer beträgt 38 Tsd..

Passive latente Steuern ergeben sich aus:

- der unterschiedlichen Berechnung der Rückstellung für die Archivierung von Geschäftsunterlagen in der Handels- und der Steuerbilanz in Höhe von 4 Tsd.. Die daraus ermittelte latente Steuer beträgt 1 Tsd..

Für die Berechnung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 30,25 % für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer zugrunde gelegt.

## 2.10 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse gemäß §§ 251 i. V. m. 268 Abs. 7 HGB liegen nicht vor. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3 HGB ergeben sich wie folgt:

	31.12.2011 brutto Mio. €
Mietverträge	5,0
Bestellobligo	32,0
Summe	37,0

## 3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### 3.1 Umsatzerlöse

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse entfallen auf:

Teilleistung 1 für Straßenprojekte	26.288 Tsd. €
Teilleistung 2 für Straßenprojekte	4.023 Tsd. €
Leistungen für das Projekt City-Tunnel Leipzig	2.345 Tsd. €
Leistungen für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	72 Tsd. €

### 3.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus:

- der Auflösung von Rückstellungen,
- Aufwandskorrekturen der Vorjahre (insbesondere Erstattungen von Anwaltskosten aus Rechtsstreitigkeiten) sowie
- Schadenersatzforderungen infolge nicht termingerecht abgeschlossener Baumaßnahmen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge i.H.v. 612 Tsd. enthalten.

### 3.3 Materialaufwand

Der Materialaufwand betrifft vor allem schlussgerechnete Ingenieurleistungen.

### 3.4 Personalaufwand

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahresniveau aufgrund der gestiegenen Mitarbeiterzahl und Tarifierhöhungen um ca. 1,0 Mio. erhöht.

### 3.5 Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Abschreibungen	2011 Tsd.	2010 Tsd. €
planmäßige lineare Abschreibung	465	374
sofortige Abschreibung gemäß § 6 Abs. 2 EStG	49	18
Gesamt	514	392

### 3.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf:

- Mieten und Nebenkosten für das Bürogebäude in Berlin und die Baubüros,
- Anwaltskosten,
- den Bürobetrieb,
- Gutachten und Beratungen sowie
- Instandhaltung und Wartung für Gebäude, EDV-Anlagen und Software.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten periodenfremde Aufwendungen i.H.v. 87 Tsd..

### 3.7 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag resultieren aus Gewerbeertragsteuern (55 Tsd.) sowie aus Körperschaftsteuern und Solidaritätszuschlag (35 Tsd.).

## 4. Sonstige Angaben

### 4.1 Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer gemäß § 267 HGB betrug:

Geschäftsbereich	2011	2010
gemeinsamer Geschäftsbereich	10	11
technischer Geschäftsbereich	164	157
kaufmännisch-juristischer Geschäftsbereich	59	60
(davon gewerbliche Arbeitnehmer)	(3)	(3)
Gesamt	233	228

Zum 31. Dezember 2011 waren 234 Mitarbeiter bei der DEGES beschäftigt.

### 4.2 Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer:

Dirk Brandenburger, Bauassessor, Dipl.-Ing.  
technischer Geschäftsführer, Werder (Havel)



Bodo Baumbach, Dipl.-Staatswiss., Dipl.-Kfm. (FH)  
kaufmännisch-juristischer Geschäftsführer, Bernau bei Berlin

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der sich wie folgt zusammensetzt:

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Josef Kunz Vorsitzender	Ministerialdirektor, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Dr. Rüdiger Kratzenberg Stellvertreter des Vorsitzenden	Ministerialdirigent, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Lutz Irmer Stellvertreter des Vorsitzenden	Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr
Karl-Hermann Fahsel (seit 15.06.2011)	Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
Hartmut Fiedler	Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Wolfgang Golasowski	Staatsrat beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Freie Hansestadt Bremen
Michael Harting	Ministerialdirektor, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ursula Heger (bis 31.03.2011)	Ministerialrätin im Bundesministerium der Finanzen
Günther Hermann	Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Günther Meienberg	Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
Egbert Neumann	Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
Thilo Schelling (bis 31.12.2011)	Ministerialdirigent, Abteilungsleiter im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
André Schröder (bis 14.06.2011)	Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
Wolfgang Suhr (seit 01.04.2011)	Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen
Ina-Maria Ulbrich (seit 17.01.2012)	Staatssekretärin im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Volkmar Vogel	Mitglied des Bundestages

#### 4.3 Bezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Die Bezüge der Geschäftsführung inklusive aller sonstigen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Dirk Brandenburger	Bodo Baumbach	gesamt
	€	€	€
Grundvergütung	140.466,00	137.106,00	277.572,00
Leistungszulage für 2010	18.000,00	18.000,00	36.000,00
Geldwerter Vorteil (Pkw), Beihilfen, Beiträge zur Gruppenunfallversicherung	21.908,21	10.917,53	32.825,74
Versorgungszuschlag/ Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung	24.767,87	10.167,24	34.935,11
Summe Bezüge	205.142,08	176.190,77	381.332,85
nachrichtlich:			
Zuführung zur Pensionsrückstellung	2.256,00	23.003,00	25.259,00
Gesamt	207.398,08	199.193,77	406.591,85

Für die Mitglieder der Geschäftsführung sind zum 31. Dezember 2011 Pensionsrückstellungen in Höhe von 79.167 € gebildet.

Im Sinne des Ausweises aller Vergütungsbestandteile der Geschäftsführung wurden für 2011 erstmals auch alle sonstigen Aufwendungen (Altersversorgung, Versorgungszuschlag etc.) in o.g. Beträge aufgenommen.

An frühere Geschäftsführer wurden 2011 25.313,78 € in Form von Versorgungsbezügen ausgezahlt. Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder der Geschäftsführung belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 371.518 €.

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Geschäftsjahr folgende Sitzungsgelder gezahlt:

	Sitzungsgeld in €
Aufsichtsratsmitglied	
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Josef Kunz (Vorsitzender des Aufsichtsrates)	511,30
Dr. Rüdiger Kratzenberg (Stellvertreter des Vorsitzenden)	409,04
Lutz Irmer (Stellvertreter des Vorsitzenden)	409,04
Karl-Hermann Fahsel	306,78
Hartmut Fiedler	306,78

	Sitzungsgeld in €
Aufsichtsratsmitglied	
Wolfgang Golasowski	306,78
Michael Harting	409,04
Ursula Heger	102,26
Günther Hermann	204,52
Günther Meienberg	409,04
Egbert Neumann	306,78
Thilo Schelling	409,04
André Schröder	102,26
Wolfgang Suhr	306,78
Volkmar Vogel	306,78
Summe:	4.806,22

#### 4.4 Gesamthonorar für den Abschlussprüfer

Das Gesamthonorar des Wirtschaftsprüfers für Abschlussprüfungsleistungen belief sich auf 25.333,41 € netto.

#### 5. Treuhandvermögen und Treuhandschulden

Die mit dem Bau oder der Erweiterung der Straßenprojekte zusammenhängenden Verträge für Bauleistungen und Grunderwerb (Zweckausgaben) werden im Namen und auf Rechnung der Bundesrepublik Deutschland bzw. des jeweiligen Landes/Freistaates abgeschlossen und abgewickelt. Über die erhaltenen Mittel ist jährlich und zum Zeitpunkt der Übergabe einzelner Verkehrsabschnitte ein Verwendungsnachweis zu erstellen.

Die mit dem City-Tunnel Leipzig zusammenhängenden Verträge für Bau- und Ingenieurleistungen sowie Grunderwerb (Projektkosten) werden im Namen und auf Rechnung der DB Netz AG bzw. der DB Station & Service AG abgeschlossen und abgewickelt. Über die erhaltenen Mittel (Projektkosten) ist ebenfalls jährlich und nach Abschluss des Projektes ein Verwendungsnachweis zu erstellen.

Die mit den Brückenbaumaßnahmen über Bundeswasserstraßen zusammenhängenden Verträge für Bau- und Ingenieurleistungen sowie Grunderwerb (Projektkosten) werden im Namen und auf Rechnung der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen und abgewickelt. Über die erhaltenen Mittel (Projektkosten) ist ebenfalls jährlich und nach Abschluss des Projektes ein Verwendungsnachweis zu erstellen.

Die verausgabten Mittel und sonstigen Positionen werden im Treuhandvermögen separat ausgewiesen. Diesen stehen in gleicher Höhe Treuhandschulden, insbesondere Mittelzuweisungen gegenüber. Treuhandvermögen und Treuhandschulden gleichen sich somit im Saldo vollständig aus.

Die zweckgerechte und wirtschaftliche Mittelverwendung wird durch die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder sowie bezogen auf europäische Fördermittel durch den Europäischen Rechnungshof geprüft.

Der Sächsische Rechnungshof veröffentlichte am 06.04.2011 sein Gutachten für die 2010 stattgefundenen Prüfung des Projektes City-Tunnel Leipzig bei der DEGES und den anderen Projektbeteiligten. Darin testiert er der DEGES eine professionelle und effiziente Tätigkeit, die sich insbesondere im Nachtragsmanagement zeige.

#### Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses 2011

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 5.150 € vorzutragen.

Berlin, 06. März 2012

*Baumbach, Geschäftsführer*

*Brandenburger, Geschäftsführer*

#### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, Berlin, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 8. März 2012

**Deloitte & Touche GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

*Nienhoff, Wirtschaftsprüfer*

*Raudszus, Wirtschaftsprüfer*

Auszug aus der Niederschrift über die 25. (ordentliche) Gesellschafterversammlung der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH am 29.06.2012:

Punkt 2 Feststellung des Jahresabschlusses für das 21. Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 sowie Entgegennahme der Berichte der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

**Beschluss:**

Der Jahresabschluss 2011 wird – wie vom Aufsichtsrat gebilligt – festgestellt.

Auszug aus der Niederschrift über die 25. (ordentliche) Gesellschafterversammlung der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH am 29.06.2012:

Punkt 3 Beschluss über den Gewinnvortrag des Jahresüberschusses 2011

**Beschluss:**

Der im Jahresabschluss 2011 ausgewiesene Jahresüberschuss von 5.150 € wird als Gewinn auf das Geschäftsjahr 2012 vorgetragen.

#### **Bericht des Aufsichtsrates 2011**

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Im Geschäftsjahr 2011 haben vier Sitzungen und zwei schriftliche Abstimmungen stattgefunden.

Der Aufsichtsrat hat sich von der Geschäftsführung über die wesentlichen Geschäftsvorfälle und die Lage des Unternehmens, insbesondere durch die Vorlage von Vierteljahresberichten sowie die regelmäßige Berichterstattung über den Stand der einzelnen Projekte während der Sitzungen informieren lassen.

Besondere Schwerpunkte waren im Geschäftsjahr 2011:

- der Abschluss der Abwicklungs- und Abrechnungsvereinbarung mit Bund und Ländern für die VDE-Projekte,
- die Fortschreibung bzw. Erarbeitung von aktuellen Termin- und Kostenplänen für die weitere Projektabwicklung und Beschleunigung der Teilleistungsabrechnung,
- die Diskussion eines möglichen Beitrages der DEGES zum Ausbau der Stromtrassen,
- die Prognose des zukünftigen Mitarbeiterbedarfs,
- die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung 2010 sowie
- die Einhaltung der Regularien des Datenschutzes.

Der Wirtschaftsprüfer attestiert der Geschäftsführung, dass die Berichte an den Aufsichtsrat einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens vermitteln.

Allen zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurde vom Aufsichtsrat während seiner Sitzungen bzw. im schriftlichen Verfahren zugestimmt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 sind im Auftrag des Vorsitzenden des Aufsichtsrates durch die Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Auch die zusätzliche Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) hat nach Feststellung der Wirtschaftsprüfer keine Besonderheiten ergeben, die Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung geben könnten.

Der Prüfungsbericht liegt allen Aufsichtsräten vor.

Der Aufsichtsrat hat auf der Grundlage seiner eigenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes während seiner 88. Sitzung den Prüfungsbericht mit dem Wirtschaftsprüfer ausführlich erörtert und zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt.

Stolberg/Südharz, 30. März 2012

*DER AUFSICHTSRAT*

*MDir Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Josef Kunz*

---